



**Projektland: Pakistan / Afghanistan**

**Quartal/Jahr: Juli bis September  
2010**

## Schlagzeilen

### Pakistan

- Strategischer Dialog Pakistan-USA
- Afghanisch-pakistanisches Handels- und Transitabkommen
- Sicherheitslage
- Regen- und Flutkatastrophe

### Afghanistan

- US-Führungswechsel und Sicherheitslage
- Internationale Afghanistan-Konferenz in Kabul
- Afghanische Parlamentswahlen

## PAKISTAN

### Strategischer Dialog Pakistan-USA

Im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus in der Region haben sich die USA und Pakistan im Frühjahr dieses Jahres auf eine stärkere Zusammenarbeit geeinigt und einen formalisierten *Pakistan-US Strategic Dialogue* initiiert. Diese Kooperation findet ihren Ausdruck in regelmäßig stattfindenden Delegationsreisen und Dialogrunden. Nach einem ersten Initialtreffen auf Militär- und Ministerialebene in Washington im vergangenen März gehen die in Pakistan viel beachteten Gespräche mit dem Besuch von US-Außenministerin Hillary Clinton und dem US-Sondergesandten für Pakistan und Afghanistan, Richard Hoolbrooke, am 19. Juli in Islamabad in eine zweite Runde. Beide Seiten versprechen sich eine Annäherung in den die Beziehungen beider Länder weiterhin belastenden

Konfliktfragen, d.h. insb. bzgl. Pakistans Nuklearpotenzial, den Afghanistan-Konflikt und schließlich das Terrorismusproblem in Pakistan selbst.

Die USA haben bereits zu Jahresbeginn deutlich gemacht, dass ein Abzug der internationalen Schutztruppen in Afghanistan nicht zu einer Wiederbelebung des gestürzten Taliban-Regimes führen darf und dass eine Beendigung der bewaffneten Konflikte in der Region nur mit einem gefestigten politischen System im benachbarten Pakistan zu erreichen ist. Pakistan verspricht sich von den Gesprächen finanzielle, wirtschaftliche und militärische Hilfe im Kampf gegen Aufständische und Extremisten im Land. Dies soll nach den Wünschen Islamabad auch die Lieferung von amerikanischen Aufklärungsdrohnen, Kampfhubschraubern und -flugzeugen umfassen. Ferner hofft Islamabad mit US-amerikanischer Hilfe auch die zerstörte, teilweise aber auch gar nicht vorhandene Infrastruktur in den westlichen Grenz- und Bergregionen zu Afghanistan aufzubauen und anzulegen und dadurch mehr als sechzig Jahre nach Staatsgründung Pakistans endlich die *Federally Administered Tribal Areas* (FATA) unter militärische und zentralstaatliche Kontrolle zu bringen.

Es wird bei dem Treffen in Islamabad von Regierungs- und Militärvertretern Pakistans erneut eine intensivere Zusammenarbeit angekündigt. Seitens der US-amerikanischen Delegation werden weitere umfangreiche amerikanische Finanz- und Sachmittelhilfen in Aussicht gestellt. Daneben dient das Treffen auch der Vorbereitung der internationalen Afghanistan-Konferenz in Kabul am folgenden Tag.

Die zweite Ministerialrunde des *Pakistan-US Strategic Dialogue* verdeutlicht trotz aller Harmoniebekundungen, dass die Vorstellungen der USA und Pakistans in wesentlichen Fragen noch immer weit auseinander liegen. In Bezug auf Aufstandsbekämpfung und Maßnahmen zur Eindämmung militanter Islamistengruppen divergieren die teils überhöhten Erwartungen der US-Diplomaten in besonderem Maße von den Realitäten vor Ort. Pakistan gilt als ambivalent in Sachen Aufstands- und Terrorismusbekämpfung — in Afghanistan und im eigenen Land. Die USA zweifeln an Pakistans Interessen in Afghanistan und betrachten den Anspruch des Landes auf eine führende Vermittlerrolle beim innerafghanischen Dialog- und Friedensprozess mit Aufständischen und Talibankräften als kritisch.

Auch das schlechte Ansehen der USA in Pakistan stellt keine gute Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit dar. In Pakistan dominieren Zweifel an den „wahren“ Interessen der Vereinigten Staaten in der Region den politischen Diskurs als auch die Berichterstattung und öffentliche Perzeption. Laut einer kürzlich vom Meinungsforschungsinstitut *Gallup* durchgeführten Umfrage betrachtet weniger als ein Fünftel der pakistanischen Bevölkerung die USA als positiv.

Nicht nur sicherheitspolitische Bedenken bilden den Kern des strategischen Dialogs. In einem globalisierten Umfeld von zunehmender Vernetzung und Abhängigkeit hat der pakistanische Außenminister Qureshi eine 10-Punkte Liste vorgelegt, die bei zukünftigen

Gesprächen behandelt werden soll. Neben den bereits genannten Politikfeldern geht es Pakistan vor allem um Fragen in Sachen Energieversorgung und -sicherheit, Bildung, Forschung und Technologie, Landwirtschaft, Gesundheit und Kommunikation.

Für die Unterstützung des zivilen Aufbaus in Pakistan haben die USA ihre Zahlungen für die nächsten fünf Jahre auf insgesamt 7,5 Mrd. USD angehoben. Als größte und wichtigste Infrastrukturprojekte im zivilen Bereich gelten Staudammprojekte in Belutschistan und Gilgit-Baltistan. Mit Hilfe dieser Bauwerke sollen die jährlichen Überflutungen und dadurch entstehende landwirtschaftlichen Schäden verringert und gleichzeitig die Strom- und Energieversorgung dieser unterentwickelten Provinzen und Regionen verbessert werden. Welche Zahlungen und Hilfsleistungen im militärischen Bereich genau erfolgen bleibt während der Gespräche in Islamabad unklar. Auch die anhaltenden und in jüngster Zeit stark zunehmenden US-amerikanischen Drohnenangriffe in FATA, die jährlich hunderte ziviler Opfer fordern und weite Teile der dortigen Bevölkerung gegen die USA aufbringen, werden nicht thematisiert.

### **Afghanisch-pakistanisches Handels- und Transitabkommen**

In Form einer vorläufigen Note wird nach jahrelangen Verhandlungen am 18. Juli in Islamabad ein neues Handels- und Transitabkommen zwischen Pakistan und Afghanistan vereinbart. Die afghanische Regierung drängt auf eine förmliche Unterzeichnung noch während der internationalen Afghanistan-Konferenz in Kabul am übernächsten Tag. Pakistan macht praktische und rechtliche Bedenken geltend, die eine rasche Unterzeichnung verhindern. Regierungs- und Wirtschaftsvertreter, insb. aus Indien und Afghanistan, loben die vorläufige Übereinkunft dennoch als wichtig Schritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung und Integration Afghanistans und dem Ausbau regionaler Wirtschaftsbeziehungen.

Das Abkommen erleichtert vor allem den Transit von afghanischen Exportgütern nach Indien. Gegenwärtig ist afghanischen Lastkraftwagen die Einreise nach Pakistan untersagt und sämtliche Warenausfuhren in Richtung Pakistan müssen an den afghanisch-pakistanischen Grenzübergängen in Torkham/Landi Khana (Kyber-Pass) oder Spin Boldak/Chaman (Khojak-Pass) umgeladen werden. Das in Islamabad vereinbarte vorläufige Handels- und Transitabkommen erlaubt künftig afghanischen Transportunternehmen den Transit ihrer Waren aus Afghanistan kommend bis an die pakistanisch-indische Grenze bei Wagah nahe der Stadt Lahore. Es bleibt afghanischen Speditionsunternehmen allerdings untersagt, innerhalb Pakistans weitere Handelswaren aufzunehmen oder zu befördern, bspw. um eine Auslastung ihrer Transporte zu gewährleisten. Auch bleibt der direkte Transit von Handelsgütern in entgegengesetzter Richtung, also aus Indien kommend über Pakistan nach Afghanistan, weiterhin untersagt.

In Pakistan findet das Abkommen wenig Zuspruch, obwohl dem Land im Gegenzug eine direkte Handelsroute durch Afghanistan in die zentralasiatischen Republiken zu gesprochen

wird. Wenige Tage nach Unterzeichnung der vorläufigen Note geht beim obersten Gericht der Provinz Pandschab, dem *Lahore High Court*, eine Petition ein, die das Handelsabkommen zu stoppen versucht. Die Argumentation der Petitionsschrift warnt vor einer exorbitanten Zunahme des Schmuggels und prophezeit eine Schwächung der pakistanischen Wirtschaft. Es heißt außerdem Pakistan sei nicht in der Lage, die Sicherheit des afghanisch-indischen Transitwarenverkehrs zu gewährleisten. Pakistanische Medien behaupten, dass das afghanisch-pakistanische Handels- und Transitabkommen zudem das Einsickern von Terroristen ins Land begünstigen werde, und zwar sowohl aus Afghanistan als auch aus Indien.

### **Sicherheitslage**

Die Sicherheitslage in Pakistan hat sich im Vergleich zum 2. Quartal 2010 neuerlich verschärft. Während des aktuellen Berichtszeitraums besonders hervorzuheben sind Bombenanschläge und Selbstmordattentate in Lahore, der Provinz *Khyber-Pakhtoonkhwa* (KPK) und den *Federally Administered Tribal Areas* (FATA), sowie politisch-motivierte Gewaltexzesse zwischen der *Awami National Party* (ANP) und dem *Muttahida Quami Movement* (MQM) in Karatschi.

Nationale und internationale Aufmerksamkeit wird dem doppelten Selbstmordanschlag auf den Schrein des Stadtpatrons der Millionenmetropole Lahore, Data Darbar, geschenkt. Der Schrein ist dem Sufi-Heiligen Abul Hassan Ali Hajveri gewidmet und ein stark belebter Ort des Gebets für einfache Bevölkerungsschichten der Landeshauptstadt des Pandschab. Bei dem Anschlag werden mindestens 42 Menschen getötet und weitere 180 verletzt. Zunächst bekennt sich niemand zu dem Anschlag. Muslimische Extremisten betrachten die Anhänger des Sufismus jedoch als Ungläubige und haben wiederholt Anschläge auf ihre Gebetsstätten und Heiligtümer verübt, was den Verdacht auf die *Tehrik-e-Taliban Pakistan* (TTP) lenkt.

Data Darbar ist einer der größten und wichtigsten Sufi-Schreine in Pakistan. Der Komplex besteht aus dem eigentlichen Schrein und der benachbarten Hajveri-Moschee. Nach Angaben der örtlichen Behörden sprengt sich der erste Attentäter in einem unterirdischen Gewölbe des Schreins in die Luft, in dem Pilger vor dem Gebet ruhen und sich waschen können. Kurz darauf zündet ein zweiter Attentäter im großen Hof vor dem Schrein seinen Sprengsatz, auf den sich viele der anwesenden Gläubigen nach der ersten Explosion geflüchtet haben.

In den Tagen nach dem Anschlag kommt es landesweit in zahlreichen großen Städten zu Demonstrationen gegen Gewalt und Extremismus. In Lahore rufen religiöse Gruppierungen zu einem Generalstreik auf, dem sowohl kleine Ladengeschäfte als auch große Geschäftszentren folgen. Eine nationale Konferenz religiöser Würdenträger verurteilt den konkreten Anschlag auf Data Darbar und Selbstmordanschläge grundsätzlich als „unislamisch“.

Anfang September kommt es zu weiteren (Selbstmord-) Anschlägen auf Versammlungen (schiitischer) Muslime in Lahore und Quetta. In Lahore kommen 29 Personen ums Leben, mehr als 200 werden teils schwer verletzt. Verantwortung übernimmt die *Lashkar-e-Jhangvi* (LJ), eine der Talibanbewegung nahestehende islamistische Terrororganisation, die auch für die Ermordung des US-amerikanischen Journalisten Daniel Pearl in Karatschi im Januar 2002 und für die Ermordung Benazir Bhuttos in Rawalpindi im Dezember 2007 verantwortlich gemacht wird. In Quetta sterben am 3. September 73 Personen bei einem Selbstmordanschlag auf eine Solidaritätskundgebung anlässlich des internationalen Jerusalemtags. Mehr als 170 Menschen werden verletzt. Auch für diesen Anschlag übernimmt LJ die Verantwortung.

Eine erneute Gewaltwelle überzieht im Berichtszeitraum auch die Provinz KPK und FATA. Sie erreicht ihren Höhepunkt in einem Selbstmord(Autobomben)anschlag in der Distrikthauptstadt des Verwaltungsbezirks Bannu, Lakki Marwat. Bereits am 1. Januar 2010 waren hier rund einhundert Teilnehmer und Besucher eines Volleyballspiels einem Selbstmordanschlag zum Opfer gefallen. Am 6. September sterben neuerlich 19 Personen, als ein unbekannter Selbstmordattentäter mit einem sprengstoffbeladenen Auto in eine Polizeistation rast, darunter mehrere Schulkinder. 57 Personen werden verletzt.

In FATA erreicht die Gewaltwelle einen Höhepunkt in einem Anschlag in Yakka Ghund (*Mohmand Agency*) bei dem mindestens 65 Menschen ums Leben kommen und mehr als 100 verletzt werden. Ein Attentäter rast mit einem Motorrad in eine Menschenmenge, die sich vor dem Verwaltungsgebäude der Kleinstadt versammelt hat; ein zweiter Täter trifft den Eingangsbereich. Im Zuge der zweiten Explosion kollabiert das Gebäude, das unter anderem einen kleinen Gefängnisbereich beherbergt. Das entstehende Chaos nutzen rund 35 Häftlinge und fliehen. Die TTP übernehmen die Verantwortung für beide oben genannten Anschläge und geben als eigentliches Ziel des letzten Anschlages das Büro des *Ambar Peace Committee* an, das ebenfalls in dem Gebäude untergebracht war und eine lokale anti-Taliban Jirga organisiert hatte.

Ein weiterer Brennpunkt politisch motivierter Gewalt in Pakistan entwickelt sich neuerlich in Karatschi, der Handels- und Hafenmetropole Pakistans und Hauptstadt der Provinz Sindh. Zwar sind die wirtschaftlichen und politischen Konfliktlagen der 18 Millionen Einwohner zählenden *Megacity* vielfältig und nahezu unergündlich. Deutlich zu differenzieren sind jedoch gewaltsame politische Auseinandersetzungen zwischen den zwei Gruppierungen des *Muhajir/Muttahida Quami Movements* (MQM und MQM Haqiqi) und zwischen dem MQM und der paschtunischen *Awami National Party* (ANP), die ihren Einfluss in Karatschi aufgrund des hunderttausendfachen Zuzuges von Paschtunen aus Afghanistan, FATA und der Provinz KPK während der vergangenen Jahrzehnte stark auf Kosten der MQM ausgebaut hat.

Auslöser der gegenwärtigen Gewaltwelle in Karatschi ist die Ermordung des MQM-Politikers Raza Haider am 2. August 2010. Bereits seit Anfang des Jahres kommt es jedoch

regelmäßig zu Erschießungen, kaltblütigen politischen Morden und nächtlichen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen der Stadt. Nach offiziellen Angaben sind diesen Auseinandersetzungen seit Jahresbeginn bereits annähernd 150 Menschen zum Opfer gefallen, darunter in den Monaten Januar bis Juli 34 Mitglieder der MQM-Haqiqi, 22 Mitglieder der MQM und jeweils 16 Mitglieder der ANP und der Pakistan Peoples Party (PPP). Nach der Ermordung Haiders kommt es am 3. August zu tagelangen Unruhen und Gewaltexzessen, denen allein in den Monaten August und September mehr als 70 weitere Personen zum Opfer fallen. Hunderte Menschen werden verletzt, dutzende Autos und Geschäfte in Brand gesetzt.

### **Regen- und Flutkatastrophe**

Der Monsun setzt in Pakistan in diesem Jahr relativ spät ein, seine Auswirkungen werden jedoch jahrelang zu spüren sein. Pakistan sieht sich mit der schwersten Naturkatastrophe seit Menschengedenken konfrontiert. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 20 Millionen Menschen – etwa 10% der Gesamtbevölkerung – betroffen sind. Etwa 2.000 Menschen sterben und rund zwei Millionen Menschen sind obdachlos. Weitere acht Millionen Menschen sind indirekt und mittel- oder langfristig von den Überschwemmungen betroffen. Der Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen, John Holmes, beziffert Mitte August die Summe der benötigten Soforthilfe auf rund 460 Millionen USD. Die deutsche Bundesregierung sichert Hilfszahlungen im Umfang von 25 Millionen Euro zu. Bis Ende August werden weltweit fast eine Milliarde USD an Hilfsgeldern zugesagt. Trotzdem mahnen die Vereinten Nationen, dass damit keinesfalls sämtliche Schäden der Flutkatastrophe abgedeckt seien, die landesweit auf über 43 Milliarden USD geschätzt werden. Nach ihren Angaben übersteigt die Flutkatastrophe in Pakistan selbst das Erdbeben in Haiti (2010) oder den Tsunami in Südostasien im Dezember 2004.

Beginnend mit normalen Niederschlägen während des Julis entwickelt sich der diesjährige Sommermonsun ab dem 27. des Monats in eine Naturkatastrophe von gewaltigem Ausmaß. In Folge eines außergewöhnlich starken Regens im Nordwesten des Landes kommt es zu katastrophalen Überschwemmungen, die letztlich fast ein Fünftel des gesamten pakistanischen Staatsgebietes unter Wasser setzen.

Betroffen ist zuerst nur die Provinz KPK. Die Wassermassen zerstören dort in den Bergregionen Brücken und Straßen im Einzugsgebiet des Kabuls am Oberlauf des Indus. Die drei Millionen Einwohner zählende Provinzhauptstadt Peschawar ist über Tage von der Außenwelt abgeschnitten. Ländliche Gebiete im Norden, darunter auch das Swattal, sind von Regenfällen und anschließenden Überflutungen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Schätzungsweise 800.000 Menschen sind, teils für Wochen, von der Außenwelt abgeschnitten und können nur auf dem Fuß- und Luftweg versorgt werden. Völlig unzureichende Hilfslieferungen erreichen die betroffenen Gebiete mit Hilfe von Hubschraubern, die aufgrund des anhaltend schlechten Wetters in der ersten Augushälfte nur unregelmäßig zum Einsatz kommen. Allein in KPK kommen 1.600 Menschen ums

Leben, 222.600 Häuser und 4.600 Ortschaften werden zerstört oder beschädigt, darunter etwa tausend Schulen. Landesweit werden Straßen auf rund 4.000 Kilometer zerstört und mehr als 5.600 Kilometer Eisenbahngleise. Schäden an der Elektrizitätsinfrastruktur resultieren im Verlust von 3,135 Gigawatt Stromerzeugungsleistung.

Nach den Verwüstungen in KPK nehmen die Wassermassen in den ersten Augusttagen ihren Lauf nach Süden. Sie beeinträchtigen in den folgenden vier Wochen schließlich den gesamten Flusslauf des mächtigen Indus bis an den Indischen Ozean und richten unermessliche Überflutungsschäden in allen weiteren Provinzen des Landes an. Erst vier Wochen nach den verheerenden Regenfällen im Norden erreicht der Scheitelpunkt der Flutwelle die Flussmündung des Indus nahe der Stadt Thatta am Indischen Ozean. Mehr als sechs Wochen nach Beginn der Regenfälle werden noch immer neue Landstriche im Süden der Provinz Sindh von den zurückgestauten Wassermassen überflutet. Selbst mehr als zwei Monate später stehen große Gebiete dieser Provinz noch immer unter Wasser, das keinen natürlichen Weg zurück in den Indus findet.

In der Provinz Pandschab wird die Ernte auf mindestens 570.000 ha. Ackerland vernichtet. Die vom Hochwasser betroffenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind insb. Baumwolle (insg. ca. 280.000 ha. Anbaufläche), Zuckerrohr und Reis (je ca. 81.000 ha.), Hülsenfrüchte, Tabak und Futtermittel. Es werden so erhebliche Mengen an Baumwolle zerstört, dass der Weltmarktpreis des Rohstoffes deutlich ansteigt. Landesweit verdrei- und vervierfachen sich die Verbraucherpreise für Obst und Gemüse, als auch für Grundnahrungsmittel wie Weizen, Reis, Milch und Zucker. Weitere Preissteigerungen sind vorhergesagt, da zahlreiche Bauern ihre Wintersaat nicht einbringen können. Die Landwirtschaft macht ein Fünftel der Wirtschaftsleistung Pakistans aus. Unter Berücksichtigung des Verlusts eines Viehbestandes von mehr als einer Million Tiere wird insg. mit einem Einbruch der landwirtschaftlichen Produktion um 15% gerechnet.

Unwettervorhersagen des staatlichen meteorologischen Dienstes gab es nicht oder wurden nicht weitergeleitet. Obwohl die Flutkatastrophe in Sindh und Pandschab nach den starken Regenfällen in KPK für Experten vorhersehbar war und genügend Zeit bestand, Mensch und Tier zu warnen und zu evakuieren, wird selbst Wochen nach Beginn des Regens die Bevölkerung der am Unterlauf des Indus liegenden Orte geradezu willkürlich zum Verlassen oder Verbleiben in ihren Häusern aufgefordert oder wiederholt umgesiedelt. Nationale wie internationale Katastrophenhilfe läuft nur zögerlich an und erreicht die betroffenen Menschen vielerorts nicht. Dies ist einerseits bedingt durch die unvorstellbare Größe des von Überflutung betroffenen Gebietes, der Unzugänglichkeit weitreichender Landstriche aufgrund zerstörter Infrastruktur und durch fehlende Kapazitäten an Katastrophen Helfern, Medikamenten und Nahrungsmitteln.

Andererseits ist die Zögerlichkeit des nationalen wie internationalen Katastropheneinsatzes bedingt durch das anfangs tatenlosen Zusehen der pakistanischen Regierung. Während die Wassermassen aus den Bergtälern bereits anrollen und den Nordwesten des Landes

verwüsten tritt Staatspräsident Ali Asif Zardari Anfang August unbeirrt eine mehrtägige Europareise an, die augenscheinlich lediglich dem Zweck dient, seinen Sohn Bilawal in Großbritannien und Frankreich als Erbnachfolger seiner 2008 ermordeten Ehefrau Benazir Bhutto vorzustellen und als zukünftigen „Kronprinzen“ einzuführen. Die Reise wird nach heftiger Kritik zwar verkürzt und Zardari findet sich zu Gesprächen mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, in Islamabad ein. Die Stimmung in der Bevölkerung bleibt jedoch angespannt. Zur bestehenden Not gesellt sich die Erkenntnis, während einer der verheerendsten Naturkatastrophen, die das Land je gesehen hat, von der Regierung allein gelassen zu sein. In Notunterkünften und Flüchtlingslagern entlang der großen Verbindungsstraßen des Landes kommt es im August wiederholt zu Demonstrationen mit gewaltsamen Ausschreitungen, die vor allem das Katastrophen-Missmanagement und die Korruption der Regierung anprangern.

Die wenigen Krankenhäuser und Zeltlager für medizinische Versorgung sind wegen der großen Masse von Hilfesuchenden drastisch überfordert. Es fehlt der notleidenden Bevölkerung insb. an sauberem Trinkwasser, da in weiten Teilen des Pandschab und Sindh, sowie der Kachhi-Ebene im Osten Belutschistans, die normalerweise der Wasserversorgung dienenden Brunnen mit verschmutztem Regenwasser kontaminiert sind. Zudem fehlt es an Hygieneprodukten, Kochutensilien und Sanitäranlagen. Durchfall-, Haut- und Atemwegserkrankungen breiten sich in den folgenden Wochen rasant aus. Ab Mitte August werden erste Fälle von Cholera, Denguefieber und Kongoviruserkrankungen gemeldet.

Die internationale Gemeinschaft versucht indessen, Hilfe bereit zu stellen. Die USA bringen den Flugzeugträger *USS Peleliu* mit Versorgungshubschraubern vor Karatschi in Stellung, um die Hilfsmaßnahmen zu unterstützen. Auch Hubschrauber aus Afghanistan kommen zum Einsatz. Die NATO entscheidet am 18. August eine Luftbrücke nach Pakistan zu errichten und stellt Frachtmaschinen und Schiffe zur Lieferung von Hilfsgütern bereit.

Ähnlich wie bereits beim Erdbeben im Norden Pakistans in 2005 ist die Hilfsbereitschaft der pakistanischen Bevölkerung bemerkenswert. Die Solidarität innerhalb der Gesellschaft wird verstärkt durch den gemeinsamen muslimischen Glauben, der grundsätzlich verpflichtet, Flüchtlinge und in Not geratene Menschen aufzunehmen und ihnen zu helfen, aber auch durch die Koinzidenz der Flutkatastrophe mit dem heiligen Fastenmonat Ramadan, der ähnlich der Advents- und Weihnachtszeit in christlich geprägten Ländern traditionell zu außergewöhnlicher Hilfs- und Spendenbereitschaft führt. Diesen Trend nutzen auch islamistische Organisationen und Verbände für sich aus und versuchen, die Bevölkerung von der unmittelbaren Effektivität ihrer Arbeit zu überzeugen. Die *Tehrik-e-Taliban Pakistan* (TTP) stellen bereits Anfang August Hilfen für die Flutopfer in Höhe von 20 Millionen USD in Aussicht. Gleichzeitig lehnen sie jede ausländische Hilfe kategorisch ab, drohen internationalen Katastrophenhelfern mit Anschlägen und verweisen auf die Korruption und Unfähigkeit der Regierung. Die TTP und ihr nahestehende Organisationen versuchen in Folge der Flut aus dem Unmut der Bevölkerung landesweit Kapital zu schlagen und aus der großen Menge der in tiefste Not geratenen Flutopfer neue Helfer im Kampf gegen die

Regierung zu gewinnen. In den USA und anderen Ländern der westlichen Staatengemeinschaft wächst unterdessen die Sorge, das pakistanische Militär müsse Kampfverbände aus FATA zur Katastrophenhilfe abziehen. Aufständische könnten auch diese Situation für ihre Zwecke ausnutzen.

In den folgenden Wochen wird im Land darüber spekuliert, welche politischen Konsequenzen die öffentlich zur Schau gestellte Inkompetenz und Ineffizienz der Regierung haben wird. Während die Regierung vor allem durch Gleichgültigkeit und Missmanagement glänzt, beweist sich das pakistanische Militär als effizienter Retter in der Not. Die während der Regierung von General Pervez Musharraf erlittenen Sympathieeinbußen des pakistanischen Militärs können Navy-, Army- und Air Force-Verbände durch schnellen und professionellen Katastropheneinsatz in weiten Teilen der Bevölkerung wieder gut machen. Bis heute sind im Sindh Boote der Pakistan Navy im Einsatz, in den Bergregionen Versorgungshubschrauber der Pakistan Air Force. Soldaten der Armee und die der Armee nahestehende *Frontier Works Organization* (FWO) stellen landesweit Brücken- und Straßenverbindungen wieder her.

Gerüchte einer bevorstehenden Regierungsübernahme des Militärs sind allgegenwärtig und dahingehende Spekulationen bestimmen im August und September Medien und öffentliche Diskussion. Dabei wird übersehen, dass das pakistanische Militär in die von drei Militärdiktaturen geprägten Geschicke des Landes immer nur dann eingegriffen hat, wenn es die eigenen Interessen gefährdet sah, keinesfalls weil die Interessen eines großen Teils der Bevölkerung Pakistans nicht gewahrt wurden. Auch die politische und parlamentarische Opposition des Landes unter Führung von Nawaz Sharif fordert als Konsequenz des Versagens der Regierung lediglich vorgezogenen Neuwahlen (*mid-term elections*) und zeigt sich an einer unmittelbaren Übernahme von Regierungsverantwortung nur bedingt interessiert.

## **AFGHANISTAN**

### **US-Führungswechsel und Sicherheitslage**

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich im Berichtszeitraum neuerlich verschärft und das Land erlebt die schwerste Gewaltwelle seit dem Sturz des Taliban-Regimes im November 2001. Auch die bisher verhältnismäßig friedliche nordafghanische Provinz Kundus dient radikal-islamischen Talibankämpfern zunehmend als Operationsbasis. Nachdem dort bislang rund 4.000 Bundeswehrsoldaten als Teil der *International Security Assistance Forces* (ISAF) die alleinige Kontrolle innehatten, haben angesichts zunehmender Gewaltakte seitens der Talibanbewegung die USA hunderte weiterer Soldaten in den Norden entsandt.

Die Verschärfung der Sicherheitslage in Afghanistan ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen, nicht zuletzt auf die Tatsache, dass der gewaltsame Widerstand der

Aufständischen durch die stetig steigende Zahl ziviler Opfer bei ISAF- und NATO-Operationen weiten Bevölkerungskreisen zunehmend als legitim erscheint. Besonders verheerend für das Ansehen der ISAF im Berichtszeitraum ist der Beschuss eines Hauses in der südlichen Provinz Helmand bei dem knapp vierzig Frauen und Kinder ums Leben kommen. Die Regierung in Kabul teilt mit, dass das Geschloß eine Unterkunft getroffen hat, in die Zivilisten vor einem Gefecht zwischen Taliban- und ISAF-Verbänden geflohen waren. Die ISAF teilt im Gegensatz dazu mit, dass nach ihren Erkenntnissen sechs Menschen bei dem Angriff starben, die meisten davon Aufständische.

Im Zuge der verschärften Sicherheitslage beschließt der US-Kongress eine weitere Aufstockung amerikanischer Truppen in Afghanistan. Es sollen erneut 30.000 Soldaten an den Hindukusch entsandt werden um eine Wende zu erzwingen. Zusätzlich werden weitere vier Milliarden USD an Hilfsgeldern für Afghanistan und Pakistan bereitgestellt, um sie in ihrem jeweiligen Kampf gegen Aufständische zu unterstützen. Es ist nicht auszuschließen, dass mit diesen Mitteln tatsächlich eine Situation geschaffen werden kann, die vorläufig als beruhigt gilt. Es wird jedoch befürchtet, dass diese beruhigte Situation nach dem bereits angekündigten Rück- und Abzug ausländischer Truppen schnell ins Gegenteil umschlägt. Bereits jetzt gelten Teile der *Afghan National Arm* (ANA) und *Afghan National Police* (ANP) als von Taliban und/oder Sympathisanten unterwandert. Jüngster Beweis dafür ist ein Zwischenfall nahe der Stadt Masaru-i-Sharif bei dem ein afghanischer Soldat einen einheimischen Kameraden und zwei US-Zivilisten erschießt.

Auch die Bundeswehr bleibt von der Verschärfung der Sicherheitslage im vormals ruhigen Norden Afghanistans nicht unberührt. Mehrfach werden deutsche Soldaten im Berichtszeitraum Opfer von Sprengfallen und werden auf gemeinsamer Patrouille mit einheimischen Sicherheitskräften angegriffen. Dabei werden mehrere deutsche Soldaten verletzt. Ungeachtet der verschärften Sicherheitslage beginnen die Niederlande am 1. August 2010 mit dem Abzug ihrer ca. 2.000 Soldaten aus Afghanistan. Während des Auslandseinsatzes der niederländischen Streitkräfte sind 24 Soldaten ums Leben gekommen und 140 verletzt worden.

Am 23. Juli 2010 wird der US-Oberkommandeur in Afghanistan, General Stanley McChrystal, offiziell verabschiedet. Seine Entlassung steht im Zusammenhang mit einem Anfang Juli veröffentlichten Interview in der Zeitschrift *The Rolling Stone*, in dem sich McChrystal unvoreteilhaft über US-Vizepräsident Joe Biden und Sondergesandten Richard Holbrooke äußert. McChrystals Nachfolger wird der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Irak, General David Petraeus. Petraeus hat die US-amerikanische *Counter-Insurgency* Doktrin entwickelt mit der es ihm gelang in den Jahren 2008-09 die Lage im Zweistromland signifikant zu verbessern. Diese Erwartungen werden auch in Afghanistan an ihn gestellt, obwohl die Ausgangssituation deutlich schlechter ist. Die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz in den USA hat die niedrigsten Werte seit Beginn des Konflikts im November 2001 erreicht.

## Internationale Afghanistan-Konferenz in Kabul

Am 20. Juli findet in Kabul die bisher größte Afghanistan-Konferenz von Truppenstellern und Geberländern aus dem Ausland statt. Unter den hochrangigen Gästen befinden sich zahlreiche Außenminister aus NATO-Staaten und Vertreter internationaler sowie regionaler Organisationen. Wie bereits in London im Januar dieses Jahres sollen Überlegungen weiterentwickelt werden, wie die afghanische Regierung in Kabul zukünftig eigenverantwortlich Entwicklung, Stabilität und Sicherheit des Landes gewährleisten kann.

Die Themen der Konferenz sind nicht neu und bieten wenig innovative Ansätze. Seit Jahren geht es im Rahmen von internationalen Afghanistan-Konferenzen darum, internationale Hilfszahlungen sinnvoll und zweckmäßig einzusetzen und Korruption und Vetternwirtschaft zu minimieren bzw. zu eliminieren. Gleichzeitig sollen die afghanischen Institutionen und Sicherheitskräfte gestärkt werden, um so ein möglichst stabiles demokratisches Umfeld zu schaffen. Die Realitäten vor Ort und die daraus resultierenden Notwendigkeiten — insb. auch im Hinblick auf den Dialog mit Aufständischen, Talibankämpfern und Kriegsfürsten — unterscheiden sich jedoch drastisch von den teils phantastischen Erwartungen der westlichen Staatengemeinschaft. Dies zeigt sich auch in dem Bemühen, „gemäßigte“ Taliban in Gesellschaft und Politik zu integrieren und sie mit anreizstiftenden Geldzahlungen vom Kriegshandwerk in einen zivilen Beruf überführen zu wollen.

Das Abschlusscommuniqué der Geberkonferenz in Kabul ist bei oberflächlicher Betrachtung begrüßenswert. Die fehlenden Festlegungen zur Einbindung *aller* Konfliktparteien und zu einer *wirklichen* nationalen Aussöhnung reduzieren das Communiqué bei genauerer Betrachtung jedoch auf eine weitere, von Wunschdenken geprägte Absichtserklärung, die den Realitäten in Afghanistan nicht standhalten kann. Es darf weiterhin bezweifelt werden, dass die Regierung von Präsident Hamid Karzai über die Stadtgrenzen Kabuls hinaus nennenswerte exekutive Gewalt ausübt. Die in den Prinzipien zur Zusammenarbeit geforderte „Politik unter afghanischer Führung“ ist zu erhoffen, gegenwärtig allerdings nicht einmal zu erahnen.

Zu begrüßen ist auch das Bekenntnis zu Rechtsstaat und Menschenrechten. Angesichts einer unkontrollierbaren Aufstandsbewegung und dem alltäglichen Kampf ums Überleben wird Afghanistan jedoch Jahrzehnte brauchen, um einen Lebensstil und ein Bewusstsein zu erreichen, der Menschenrechte und ihre Anwendung möglich macht. Dazu können sowohl materielle als auch immaterielle Hilfsleistungen aus dem Ausland zweifellos einen Beitrag leisten. Die Forderung der afghanischen Regierung zukünftig die Hälfte aller ausländischen Hilfszahlungen nach eigenem Ermessen selbst einzusetzen bzw. zu verteilen, lassen jedoch Zweifel wachsen. Studien haben nachgewiesen, dass die Regierung in Kabul in der Vergangenheit erhaltene Hilfsgelder ins Ausland transferiert hat. Sinn und Zweck dieser Transaktionen sind umstritten. Es besteht aber begründeter Verdacht, dass diese Konten bei einem Sturz der Regierung verschwinden und Gelder veruntreut werden. Weitere Punkte des

Abschlusscommuniqués beziehen sich auf Drogenbekämpfung und Fragen regionaler Kooperation.

Für die westliche Staatengemeinschaft und die truppenstellenden NATO-Staaten ist die wichtigste Festlegung unter Punkt 18 des Abschlusscommuniqués zu finden. Bis 2014 sollen afghanische Kräfte die volle Eigenverantwortung für die Sicherheit des Landes übernehmen, in einigen Regionen Afghanistans sogar bereits Ende des laufenden Jahres 2010. Zahlreiche in- und ausländische Beobachter bezeichnen dies als realitätsfernes Wunschdenken. Derzeit sind noch rund 150.000 ausländische Soldaten in Afghanistan im Einsatz und die gewaltsamen Auseinandersetzungen haben in den vergangenen Wochen an Intensität zugenommen. Bereits jetzt stellt sich das Jahr 2009 dar als das verlustreichste Jahr eines inzwischen neunjährigen NATO- und ISAF-Einsatzes am Hindukusch.

### **Parlamentswahlen**

Am 18. September finden in Afghanistan mit viermonatiger Verspätung die zweiten Parlamentswahlen seit dem Sturz des Taliban-Regimes im November 2001 statt. Für 249 Sitze im Unterhaus des afghanischen Parlaments (*Wolesi Jirga*) stehen knapp 2600 Kandidaten zur Wahl, darunter nach offiziellen Angaben rund 400 Frauen und nach inoffiziellen Angaben auch zahlreiche Kriegsverbrecher und *war lords*. Talibansprecher Zabiullah Mujahid droht im Vorfeld der Wahlen allen Kandidaten, als auch am Wahltag selbst allen Wählern, mit Vergeltungsschlägen.

Am Wahltag werden knapp 500 bewaffnete Zwischenfälle gemeldet bei denen mehr als 40 Menschen gewaltsam ums Leben kommen. Obwohl die Regierung verkündet, der Wahlgang sei im ganzen Land nahezu „normal“ verlaufen kann in Anbetracht dieser Sicherheitslage von freien und fairen Wahlen keine Rede sein. In weiten Teilen des Landes findet keine Abstimmung statt und es gelingt der unabhängigen Wahlkommission lediglich rund 5.800 der ursprünglich vorgesehenen rund 6.800 Wahllokale einzurichten. Nach Angaben der Wahlkommission beteiligen sich 3,6 Millionen Afghanen an dem Urnengang. Die Wahlbeteiligung erreicht damit einen neuen Minusrekord. Bei den ersten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 waren noch 7,4 Millionen Bürger zu Wahl gegangen, an den ersten Parlamentswahlen im Jahre 2005 hatten sich 6,5 Millionen Wahlberechtigte beteiligt. Selbst bei der von Kontroversen und Manipulationen begleiteten Wiederwahl von Präsident Hamid Karzai im August des vergangenen Jahres hatten noch rund 4,8 Millionen Menschen ihre Stimme abgegeben.

Nach Ansicht von Beobachtern geht die geringe Wahlbeteiligung auf die schlechte Sicherheitslage zurück, als auch auf das zunehmend schwindende Vertrauen der Bevölkerung in politische und demokratische Prozesse. Besonderer Erwähnung bedarf hier das unrühmliche Verhalten der „unabhängigen Wahlkommission“ (*Independent Election Commission*) selbst. Sie beziffert die Wahlbeteiligung auf über drei Millionen und, ausgehend von neun Millionen Wahlberechtigten, behauptet zwei Tage nach dem Urnengang die

Beteiligung habe bei rund 40% gelegen. In den Tagen unmittelbar vor dem Wahlgang hatte die gleiche Kommission dagegen die Zahlen von elf und sogar über zwölf Millionen Wählern genannt. Laut Medienberichten sind in Afghanistan insg. sogar mehr als 18 Millionen Wahlausweise im Umlauf.

In Anbetracht der fragwürdigen Wahlbeteiligung und der unbekanntem Zahl von Wahlberechtigten ist die Legitimation der Parlamentswahlen ebenso fragwürdig wie die aller vorausgegangenen Wahlgänge in den Jahren 2004-09. Beunruhigend ist die Tatsache, dass es trotz der zahlreichen bekanntgewordenen Manipulationen während der Präsidentschaftswahlen im Vorjahr nicht zu der angekündigten Wahlreform gekommen ist und dass somit das Interesse der gegenwärtigen Regierung an allgemeinen, freien und fairen Wahlen in Frage gestellt werden muss. Die ursprünglich für Mai vorgesehenen Parlamentswahlen wurden aufgrund von Forderungen der westlichen Staatengemeinschaft und mit dem Hinweis darauf verschoben, dass in Anbetracht des Wahldebakels der Präsidentschaftswahlen erst ein neues Wahlgesetz verabschiedet und die Registrierung von Wählern transparent und somit gänzlich neu durchgeführt werden müsse. Keines dieser Versprechen wurde eingehalten. Stattdessen nutzt die Regierung des wiedergewählten Präsidenten Karzai eine Gesetzeslücke im Verfassungstext, das Wahlgesetz eigenmächtig dahingehend zu ändern, dass die fünf Mitglieder der (Wahl-) Widerspruchskommission zukünftig vom Präsidenten (in Konsultation mit der Parlamentsführung) ernannt werden. In der Vergangenheit wurden drei der fünf Kommissionsmitglieder von den Vereinten Nationen berufen.

Die Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses ist für Ende Oktober angekündigt. Es wird mit tausenden von Widerspruchsverfahren gerechnet.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ

AUTOR: DR. MARTIN AXMANN

LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –

TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.+49 (0)89 1258-359

E-MAIL: [grundsatzreferat@hss.de](mailto:grundsatzreferat@hss.de) – HOMEPAGE: [www.hss.de](http://www.hss.de)

ERSTELLT AM: 14. OKTOBER 2010